

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Druckerei  
Bismarck-Str. 10  
Telefon 10011

Verlagspreis für den Monat Juni 1930 bei gleichmässiger Zustellung drei Mark 1.70 RM.  
Wochensatz 10 RM., ausserhalb Dresden 15 RM. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach  
Wochensatz berechnet: Die einseitige 30 mm breite Seite 25 RM., für auswärts 40 RM. Familien-  
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 RM., ausserhalb 20 RM., die 20 mm breite Familien-  
anzeigen 10 RM., ausserhalb 15 RM. Offertensätze 20 RM. Nachträgliche Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Meyers & Reichardt,  
Dresden, Bismarck-Str. 10  
Kaufhaus mit best. Kundenkarte  
(Dresden, Markt.)  
Schreibmaschinen werden nicht aufbewahrt

**Café Hülfert** Konzert- Konditorei  
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße  
Tzpt. Koncerte  
Gustav Agosta **Der Balkon Dresdens**

**Drucksachen**  
für Handel und Gewerbe  
In moderner Ausführung erhalten Sie durch die  
**Graph. Kunstanstalt**  
Liepsch & Reichardt  
Marienstr. 38/42 / Fernruf 25241

**Konditorei Schmorl**  
Wilsdruffer Straße 20  
Amalienstraße 2-10  
Eiskaffee - Eisbecher  
Dresdens größter Konditoreibetrieb!

## Der Notopferentwurf vor dem Reichsrat

### Entscheidende Kabinettsitzung am Freitag

Berlin, 12. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist dem Reichsrat nunmehr zugegangen. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat eine Rücksprache mit dem Reichspräsidenten des Reichsrates gehabt und gebeten, bei Beratung des Gesetzesentwurfes auf die geschäftsordnungsmäßige Einlassungsfrist zu verzichten, besonders deswegen, weil es noch nicht möglich ist, daß die vorgesehene Beitragserhöhung schon am 1. Juli in Kraft tritt. An diesem Termin müsse die Regierung aber aus schwerwiegenden finanziellen Gründen bestehen.

Am Freitag nachmittags 4 Uhr tritt, wie bereits angekündigt, das Reichskabinett unter Vorsitz des Reichsfinanzministers zusammen, in der nach den bisherigen Dispositionen nicht nur über das Ausgaben- und Einnahmengesetz, sondern auch über die endgültige Gestaltung der Deckungsmaßnahmen Beschlüsse gefasst werden sollen. Allerdings handelt es sich bei dieser endgültigen Gestaltung mehr um eine Arbeit redaktioneller Natur, da es anzunehmen ist, daß, wie die nicht verkommenen wöchentlichen Berichte immer wieder zu melden wissen, das Kabinett zu sachlichen Umarbeitungen seiner Vorlagen schreiten wird.

Neuerlich will ein Bericht wissen, daß an Stelle des Notopfers für die Arbeitslosen der früher zum Beispiel schon von Seiten der Sozialdemokratie vorgeschlagene allgemeine Zuschlag zur Einkommensteuer treten soll.

Es ist aber nicht anzunehmen, daß das Kabinett sich zu einer solchen Umgestaltung entschließen wird. Denn die allgemeine Einkommensteuer, sowie auch die Zuschläge zu ihr gehören ja bekanntlich zu drei Vierteln den Ländern, und ein Hauptgrund für den Vorstoß der Sondersteuer war, daß diese dem Zugriff der Länder entzogen sein sollte. Die trampfahnen Bemühungen, die zur Zeit vom Reichsfinanzministerium gemacht werden, um sich die preussischen Stimmen im Reichsrat zu sichern, deuten darauf hin, daß man dort mit ernstlichen Schwierigkeiten rechnen. Es wäre nun sicher interessant, zu erfahren, was

man seitens des Reichsfinanzministeriums Preußen angeboten hat, um sein Jawort zu erhalten. Es hat nun den Anschein, als ob man, um sich der preussischen Stimmen zu versichern, Preußen mit seinem großen Defizit-etat angeboten hat, man werde etwas davon für Zwecke der preussischen Staatsregierung abfallen lassen.

Wenn dies so sein sollte, müßte dies naturgemäß bei den anderen Ländern scharfsten Protest hervorrufen. Das Reichsfinanzministerium steht auf dem Standpunkt, daß das Notopfer nicht ein Einkommensteuerausgleich ist, sondern eine Sonderabgabe, deren Bemessungsgrundlage nicht die Einkommensteuer, sondern das Bruttoeinkommen darstellt. Deshalb der Einfachheit halber soll das Notopfer zusammen mit der Einkommensteuer erhoben werden.

Sollten wider Erwarten nach Verabschiedung der Vorlagen im Reichsrat von verschiedenen Ländern Einwendungen erhoben werden, so dürfte man im Finanzministerium voranschreiten den Weg der Annahme des Staatsgerichtshofes zur Bekämpfung der Angelegenheit beschreiten.

Beschluß zu fassen hat das Kabinett dann noch über einige Fragen mehr technischer Art, so, ob die

**Leidigensteuer auch für Witwen und Waisen**  
Anwendung finden soll usw. Man nimmt übrigens in unterrichteten Kreisen nicht an, daß das Kabinett die mit dem Komplex der Deckungsfragen in Zusammenhang stehenden Probleme schon morgen endgültig bereinigen wird. Man rechnet vielmehr damit, daß sich weitere Kabinettsitzungen als notwendig erweisen werden. Das dürfte besonders auch für das Ausgaben- und Einnahmengesetz zutreffen, da nach dem scharfen Protesten, die das Notopfer namentlich auch in Beamtenkreisen ausgelöst hat, die Regierung es sich sehr überlegen wird, ob sie die im Ausgabenentwurf vorgesehene und die Beamtenhaft teilweise schwer treffenden Maßnahmen wird zur Anwendung bringen wollen.

An der Sitzung des Reichskabinetts wird übrigens auch Reichsbankpräsident Dr. Luther teilnehmen, um die Reichsregierung über seine Eindrücke bei den Pariser Verhandlungen zu unterrichten und sie darüber hinaus wohl auch in ihren Finanzmaßnahmen zu beraten.

### Der Tonfilm entthront Hollywood

Wie alle Dinge dieser Welt, hat der Tonfilm, dessen Siegeszug nicht mehr abgebrochen werden kann, Licht- und Schattenseiten. Seine Schattenseiten liegen vor allem darin, daß er zu einer schweren Konkurrenz für die Angelegenheit der wirtschaftlichen Notlage weiter Kreise des Mittelstandes und der Intelligenz heute um ihre Existenz ringenden Bühnen vieler deutscher Mittelstädte zu werden droht. Selbst manches private Großstadttheater ist dadurch in seiner Rentabilität gefährdet. Ein Beweis dafür sind die letzten Beschlüsse der Berliner Privattheater, Schritte gegen das Tonfilmen ihrer Stars zu unternehmen. Mit Recht befürchten die Theaterbesitzer der Reichshauptstadt eine Gefährdung ihrer Existenz, wenn sie auf Grund der hohen Gagen der Spitzenkünstler Eintrittspreise von über 10 bis 20 Mark verlangen müssen, während das Publikum im Kino daneben bereits seine Lieblinge für 1,50 bis 2,00 RM. sprechen und singen hört. Das auch aus anderen, als unmittelbar finanziellen Gründen der Tonfilm über die Sprechbühnen siegen kann, lehren die letzten trübseligen Ereignisse in unserem Dresdner Alibi-Theater, das bekanntlich diese Umwandlung angekündigt hat, falls seinem Bestreben Schwierigkeiten bei der Neuverteilung der Konzession gemacht werden. Eine solche Entwicklung der Dinge ist aus künstlerischen Gründen sehr bedauerlich. Denn es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß der Tonfilm, mag er noch so sehr technisch sich vervollkommen, niemals Sprechbühne oder Oper vollständig zu ersetzen vermag, weil er über die besonderen Gegebenheiten des Films, bei dem nun einmal nicht der dramatische Aufbau sich aus der Sprache, sondern aus der Handlung ergibt, nicht hinauszuwachsen vermag. Trotz aller Technik würde er, wenn er seine naturgegebenen Bahnen verläßt, nur eben ein Surrogat der Sprechbühne werden. Dennoch ist und bleibt er ein gefährlicher Konkurrent der Theater, und zwar hauptsächlich aus Gründen seiner größeren Wirtschaftlichkeit. Führende Theaterleute haben das rechtzeitig erkannt und sich bemüht, lieber an einer Entwicklung teilzunehmen, als sie sich über den Kopf wachsen zu lassen. Ein Zeichen dafür sind die Tonfilmpläne der Berliner und der Wiener Staatsoper, die mit Tonfilmpopern die Sanierung und Erhaltung kleinerer Provinzbühnen planen und das Abkommen des bekannten, jüngst sein 25jähriges Jubiläum als Direktor des Deutschen Theaters feiernden Regisseurs Max Reinhardt mit der Terra-Filmgesellschaft, das klar und deutlich dokumentiert, daß dieser Meister der Sprechbühne in Zukunft auch den Tonfilm in den Kreis seines Schaffens stellen und ihm neue Möglichkeiten abgewinnen will.

Bekannt ist für die Entwicklung der Sprechenden und tönenden Welt die Pionierarbeit der Ufa. Auf ihrem Filmgelände in Neubabelsberg sind ganz neue, riesige, schalldichte Gebäude vom Aufnahmeatelier bis zur schalldichten Kanone für die Komposition entstanden. Millionen sind investiert worden. Technische Schwierigkeiten wurden überwunden, tonfilmische Ausdrucksmöglichkeiten gefunden. Das Winterjahr 1929 endete mit zweifellosem Erfolg von beachtlicher künstlerischer Stärke, wie dem „Liebeswalzer“ und dem „Blauen Engel“. Für das zweite Produktionsjahr ist, gestützt auf die gewonnenen Erfahrungen und die neuentdeckten dramaturgischen und künstlerischen Gegebenheiten, ein großzügiges Programm geplant: 40 Tonfilme beabsichtigt allein die Ufa in der Spielzeit 1930/31 zu drehen. Auch die anderen Filmgesellschaften, namentlich die Emelka, werden mit einer weiteren Serie aufwarten.

Das Deutsch sprechende Europa, ja die Deutsch sprechende Welt werden also im kommenden Spieljahr ohne Zweifel im Zeichen des sich durchsetzenden Tonfilms stehen, der wohl endgültig über die Humme Leinwand triumphieren wird. Das bedeutet zugleich einen ungeheuren Umwälzung hinsichtlich der deutschen Filmproduktion, und hier liegen zweifellos die starken Lichtseiten der Tonfilmentwicklung.

## Der Abbau der Eisenpreise durchgeführt

### Mit Rückwirkung ab 1. Juni

Düsseldorf, 12. Juni. Gemäß der dem Reichsarbeitsminister gegebenen Zusicherung in Abänderung der Arbeitgebererklärung zum Deunhauser Schiedsgericht die Verbilligung anstatt bis zu 10 Prozent nur bis zu 7 1/2 Prozent zu vermindern, jedoch die Preise über das Ausmaß der tatsächlich gesparten Beträge hinaus zu ermäßigen, haben die Verkaufsverbände der Deutschen Rohstahlgemeinschaft in der heutigen Sitzung einen Preisabbaubeschluß gefasst, der sich auf alle neuen Käufe rückwirkend ab 1. Juni bezieht.

Der Preisabbaubeschluß und der Röhrenverband schlossen sich grundsätzlich der Preislenkungsaktion an.

### Günstiger Zeichnungsverlauf für die Tributnanleihe

Berlin, 12. Juni. Der Zeichnungsverlauf auf die in Deutschland ausgelegten 80 Millionen Reichsmark 5-Prozentige internationale Anleihe des Deutschen Reiches von 1930 gehalten sich überraschend gut. Bei zahlreichen Mitgliedern des Konsortiums waren die Quoten bereits in den frühen Mittagsstunden ausverkauft, so daß man in den Bankbüros mit einer stärkeren Repartierung der gezeichneten Beträge rechnete.

Nach Mitteilung des New Yorker Emissionskonsortiums ist der amerikanische Anteil an der Younganleihe gleichfalls überschritten worden.

### Morgan gegen weitere Tributnanleihen

Berlin, 12. Juni. Wie die „D.N.S.“ aus New York meldet, findet sich in der Ankündigung der Firma Morgan über die Emission der Younganleihe die beachtenswerte Mitteilung, daß diese Emission wahrscheinlich die letzte sein werde, die Amerika für Tributnanleihen ausbebe. Zukünftige Mobilisierungen solcher Anleihen würden nur innerhalb der Länder stattfinden, deren Regierungen von den Jahreszahlungen dieser Anleihe profitieren.

### Amerikanischer Kredit für produktive Bauzwecke

Berlin, 12. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Wall St.“ berichtet, sind die Verhandlungen über einen großen Auslandskredit zum Zwecke produktiver öffentlicher Arbeiten, über die schon seit Monaten Vorbesprechungen im Gange waren, nunmehr in ein akutes Stadium getreten. Es handelt sich zunächst um einen Kredit von

**80 bis 100 Millionen Mark.**  
den die Henry Schröder Banking Corporation in New York langfristige zur Verfügung stelle. Dieser Kredit sei aber nur der Teil eines weit umfangreicheren Projektes, das kurz vor dem Abschluß zu stehen scheint. Es solle eine eigene Finanzierungsgesellschaft gegründet werden, die in den nächsten drei Jahren Anleihen für produktive Bauzwecke, zur Melioration, Talsperren usw. aufnehmen soll. Die Anleihen sollen vollkommen in Amerika platziert werden. Die Bedingungen der ersten Anleihe von etwa 80 bis 100 Millionen würden sich eng an die Bedingungen der Younganleihe anlehnen.

**Die neue Finanzierungsgesellschaft**  
soll mit einem Aktienkapital von 150 Millionen Mark ausgestattet werden, ferner mit 150 Millionen offenen Reserven und 100 Millionen stillen Reserven. Als finanzielle Grundlage sollen die Forderungen des Reiches an die öffentlichen Körperschaften dienen, die in den letzten Jahren zum Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge für Straßenbau, Kanäle usw. gegeben worden sind. Im ganzen betragen diese Forderungen etwa 400 Millionen. Das Reich überträgt diese Forderungen an die Reichskreditgesellschaft, die sie als Treuhänder zu verwalten hat. Die Verwaltung der neuen Finanzierungsgesellschaft soll in die Hände der vom Reich mit kontrollierten Deutschen Bau- und Bodenanstalt gelegt werden.

Allerdings sind heute an den amtlichen Stellen noch keine Beschäftigungen über diese Mitteilungen zu erhalten. Immerhin dürften die Mitteilungen zutreffend sein, da tatsächlich in der jüngsten Zeit Verhandlungen in Berlin geführt wurden, die sich in dieser Richtung bewegten, allerdings noch zu keinen Ergebnissen gelangten.

Heute: **D.N.**  
Der **D.N.**-Kraftfahrer  
Seite 17 und 18